Redaktion und Verlag
von R. Hahn, Kirchplatz Nr. 3.
Druck der Graßmann'schen Buchdruckerei.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr
Annahme: Kirchplatz 3 und
Schulzenstraße 17 bei O. H. T. Poppe.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 172. Abendblatt. Mittwoch, den 14. April 1869.

Norddeutscher Reichstag.

18. Sitzung vom 13. April.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Tische der Bundeskommissarien: Präsident General-Postdirektor v. Philipsborn ꝛc.

Erster Gegenstand der Tages-Ordnung ist die erste Berathung des Bundeshaushaltsetats für das Jahr 1870 nebst den dazu gehörigen Anlagen a) über die Statistik der Post-Verwaltung für 1868 und b) Abänderung des Gesetz-Entwurfes vom 9. November, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf für die Kriegsmarine und die Küstenvertheidigung.

Zuerst ergreift das Wort der Präsident Delbrück: Ich glaube mich zur Einleitung der Berathung über den vorliegenden Etat auf wenige Worte beschränken zu können; ich glaube nicht, daß es meine Aufgabe ist, und daß es dem Hause erwünscht sein kann, hier eine Rekapitulation der Zahlen zu veranlassen, welche in den Erläuterungen zum Etat Ihnen gedruckt vorliegen. Ich glaube mich beschränken zu können, für jetzt auf die wesentlichen Unterschiede aufmerksam zu machen, welche der Ihnen jetzt vorliegende Etat gegen den Etat von 1869 aufweist. Wenn ich ihn vergleiche mit dem Etat für 1869, so ziehe ich in diesen Vergleich auch zugleich den Nachtragsetat für 1869, in welchem sich bereits zwei neue Institute befinden, der Rechnungshof und die Bundes-Rechnungs-Kommission. Diese beiden Institute betrachte ich nicht mehr als neue. Unter diesen Umständen kann ich mich darauf beschränken, zwei Unterschiede hervorzuheben, einen großen materiellen Unterschied und einen formellen. Der materielle Unterschied liegt darin, daß das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit seinen Gesandtschaften ꝛc. auf dem Etat des norddeutschen Bundes erscheint. Die Frage, welche hierdurch zur Lösung gebracht werden soll, hat in der vorigen Session bereits den Reichstag beschäftigt; es ist in der vorigen Session bereits ein Antrag dahin angenommen worden. Die damals geführte Diskussion überhebt mich einer eingehenden Motivirung der jetzt vorgeschlagenen Aenderung. Eine zweite, nicht wesentliche Aenderung, formeller Natur, hat der Etat der Bundes-Militär-Verwaltung dadurch erhalten, daß in ihm ersichtlich gemacht ist die Vertheilung der gesammten Ausgaben, welche auf die verschiedenen Kontingente fallen. Diese sollen dem Reichstage ein klares Bild dafür gewähren, wie sich die Verwaltung des Bundesheeres auf die einzelnen Kontingente vertheilt. Ein Mehreres habe ich jetzt nicht zu sagen.

Abg. Twesten beleuchtet einzelne Punkte des Etats. Die Matrikularbeiträge sind ein schlimmer Punkt im Bunde; da sie mit großer Ungleichmäßigkeit die einzelnen Staaten treffen, indem sie nach der Kopfzahl, nicht nach der Leistungsfähigkeit vertheilt werden. Ueber die Vermehrung der Einnahmen ist nichts Festes bestimmt, man hört nur von Tabaksteuer, Petroleumsteuer, Besteuerung des Zuckers aus Kartoffeln, selbst von Erhöhung der Klassensteuer. Es scheint dringend nothwendig, daß die Einrichtung der Matrikularbeiträge durch eine andere ersetzt werde. Durch neue Steuern kann dies nicht geschehen. Es muß ein Korrektiv getroffen werden, um die Mehrbelastung auszugleichen. Ein Ausweg liegt darin, wenn dem Bunde gewisse Steuern überlassen würden, die bereits in einzelnen Staaten bestehen, z. B. die Einkommensteuer und Klassensteuer. Dies erledigt zugleich das Mißverhältniß zwischen Kopfsteuer und Leistungsfähigkeit. Es heißt, daß im vorigen Jahre durch den Bundeskanzler der Versuch gemacht worden sei, erhöhte Matrikularbeiträge auszuschreiben, ohne daß sie durch den Reichstag genehmigt wurden. Dieser Versuch ist mit Recht an dem Widerstande des Bundesraths gescheitert.

Abg. v. Hoverbeck: Ich muß dem Abg. Twesten bemerken, daß er die Matrikular-Beiträge mit einer viel zu großen Unlust behandelt hat. Ich gestehe zu, daß diese Beiträge in der letzten Zeit gewachsen sind. Dem aber kann durch zwei Mittel entgegengetreten werden, entweder durch Schaffung neuer Einnahmen, oder Beschränkung der Ausgaben. Die Erhöhung eigner Einnahmen des Bundes bedeutet in den Augen des Volkes eine neue Belastung. (Sehr richtig!) Die Matrikular-Beiträge sind in vieler Beziehung die beste Bürgschaft für das Budgetrecht des Hauses. — Ich bin ferner der Ansicht, daß wir viel besser thäten, den Etat in einer Kommission vorzuberathen, als im ganzen Hause. Da ein solcher Antrag doch nicht angenommen wird, so möchte ich bitten, nach dem Vorgange im Abgeordnetenhause, für die einzelnen Etats besondere Kommissionen zu ernennen.

Präsident Delbrück: Abg. Twesten hat gefragt, nach welcher Richtung hin die eigenen Einnahmen des Bundes erhöht werden sollen. Ich kann darauf erwidern, daß dem Bundesrath zur Zeit drei verschiedene Vorschläge vorliegen. Es ist dies die Branntweinsteuer, die Aufhebung der Portofreiheit und die Einführung eines gemeinsamen Wechselstempels. Die zwei ersten Vorlagen werden noch im Laufe dieser Woche dem Reichstage zugehen, in Bezug auf das Wechselstempelgesetz kann ich dies noch nicht in Aussicht stellen. Was die Anleihe von 10 Millionen anlangt, so glaube ich nicht, daß die Bundesregierungen sich entschließen würden, die Matrikularbeiträge um diesen Betrag zu erhöhen. Was endlich die Angelegenheit wegen des Rechnungshofes anlangt, so liegt es nicht in der Absicht, in dieser Session eine Vorlage zu machen; es wird dem Hause jedoch die Instruktion vorgelegt werden, die jedoch wesentlich eine formelle ist.

Abg. Miquel erklärt, daß der norddeutsche Bund auf die Dauer die großen Ausgaben nicht ertragen, die große Landarmee auf die Dauer nicht erhalten könne, er spricht aber die Hoffnung aus, daß Süddeutschland in nicht langer Zeit an den Lasten für die Landarmee und die Marine Theil nehmen werde. (Heiterkeit.) Der Zustand sei für Norddeutschland auf die Dauer nicht zu ertragen und er gebe sich der Hoffnung hin, daß Süddeutschland diesen Zustand auf die Dauer nicht werde tragen wollen. (Heiterkeit.) Wäre dies nicht, so würde der Reichstag nicht in der Lage sein, solche Anleihe zu bewilligen. Die Matrikular-Beiträge seien ein roher Zustand, der nicht mehr passe, das System derselben bringe eine permanente Unruhe hervor. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit würde weit mehr wachsen bei einer direkten Besteuerung des Landes.

Nach einigen Worten der Abgg. Wigard und Oehmichen wird die Diskussion geschlossen. Die Ueberweisung des Etats an eine Kommission wird abgelehnt, ebenso die Ernennung von Kommissarien für die einzelnen Titel des Etats.

Darauf wird die Berathung der Gewerbe-Ordnung fortgesetzt.

§. 30 bestimmt auch für die Unternehmer von Privat-Kranken-, Privat-Entbindungs- und Privat-Irrenanstalten die Erlangung der Konzession. Hebammen und Heilgehülfen bedürfen eines Prüfungs-Zeugnisses. — Der Paragraph wird mit einem Amendement der Abgg. Runge und v. Hennig, wonach die Konzession ertheilt werden muß, wenn nicht Gründe vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Beziehung auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb darthun, und wonach ferner Heilgehülfen keines Prüfungszeugnisses mehr bedürfen sollen, angenommen.

Nach §. 31 sollen Seeschiffer und Seesteuerleute ein Befähigungszeugniß erwerben. Die Abgg. Runge und v. Hennig beantragen hinzuzufügen: „und Lootsen." Abg. Miquel beantragt: statt dieser Bestimmung zu setzen: „Die Vorschriften über den Nachweis der Befähigung sind durch ein Bundesgesetz festzustellen." — Präsident Delbrück erklärt, daß eine gesetzliche Regelung dieser Frage nicht eintreten könne, weil dieselbe ihrer Natur nach der Entwickelung der Verhältnisse folgen und eine gesetzliche Regelung auf längere Dauer nicht vertragen könne. — Abg. Meier (Bremen) empfiehlt noch einmal die Freigebung des Lootengewerbes, doch unter Beibehaltung der Prüfungen. — Abgeordneter Richter beantragt, daß die Prüfung der Lootsen sich auf ein bestimmtes Fahrwasser beziehen müsse. — Präsident Delbrück erklärt sich mit dem Amendement Runge und Richter einverstanden, widerspricht aber entschieden der Freigebung des Lootsengewerbes.

Bei der Abstimmung wurden die Amendements Runge und v. Hennig und Richter angenommen.

§. 32 lautet: „Schauspiel-Unternehmer bedürfen zum Betriebe ihres Gewerbes der polizeilichen Erlaubniß. Dieselbe ist ihnen nur dann zu ertheilen, wenn sie sich über ihre Zuverlässigkeit in Beziehung auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb ausgewiesen haben."

Abg. Duncker beantragt die Ablehnung dieses Paragraphen. Die Frage des Konzessionswesens hänge mit der Frage der Censur innig zusammen. Die Theater-Censur sei durch Polizeiverordnung eingeführt, und das ganze Verfahren widerspreche schnurstraks der Bestimmung des Art. 27 der Verfassung. Dieser Zustand würde sich nicht so lange mehr haben aufrecht erhalten können, wenn nicht das Konzessionswesen bestände. Dazu trete noch eine andere Handhabe, das ist die Monopolisirung gewisser Stücke für die Hofbühne. Die Theaterunternehmer seien ausgeschlossen von allen höheren Leistungen der Kunst, und das Repertoir sei auf das Aeußerste beschränkt. Alle diese Dinge müßten Rückwirkung auf die schaffende Kraft der Dichtung äußern. (Sehr richtig!) Die Theaterunternehmer müßten sich jetzt mit dem Abhub der Literatur begnügen, wo die größten Ausschreitungen ungehindert durchgehen. (Sehr richtig!) Lasse man auf dieser Seite der Bühne die Zügel schießen, so müsse man auf der anderen Seite derselben nicht solche Schranken auferlegen, wie dies jetzt durch die Censur und das Monopol der Fall sei. (Sehr richtig!) Es müsse deshalb der Bühne einige Erleichterung geschafft werden, und da sehe er in erster Instanz die Aufhebung der Konzession. Wir müssen den Weg beschreiten, den unser große Schiller schon in seinem 25. Jahre in seiner Schrift andeutete: „Die Schaubühne als moralische Anstalt." (Beifall.)

Die Abgg. Runge und von Hennig beantragen in §. 32 a die Worte „nur dann" zu streichen und statt der Worte „wenn sie sich ꝛc." zu setzen: wenn nicht Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Beziehung auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb darthun", b) hinzuzufügen: „Beschränkungen auf bestimmte Kategorien theatralischer Darstellungen sind unzulässig."

Abg. v. Hennig erklärt, daß sein Amendement den Ansichten des Abg. Duncker vollkommen entspreche.

Abg. Wagener: Duncker habe eine sehr ideale Auffassung der Schauspielkunst zu erkennen gegeben, aber die bestehenden Zustände liegen anders. Es seien andere Gründe, welche unsere Theater zu Ausstellungsbuden der Unsittlichkeit gemacht hätten, und das Monopol der Königlichen Theater sei kein Grund dafür, daß sich die kleinen Theater mit Offenbachiaden ꝛc. beschäftigen müssen. Die jetzigen Zustände der Bühne seien gerade unter der Herrschaft der Konzession und Censur emporgewachsen, dennoch aber könne er nicht so weit gehen, wie der Abg. Duncker; habe derselbe niemals von den Wirkungen der französischen Theater gelesen? Wisse er nicht, daß dieselben sehr häufig die Stätte der Revolution gewesen? (Heiterkeit.) Die Theatercensur sei hervorgegangen aus sehr verständigen Erwägungen. Weil die Bühne so wirksam sei, so könne sie nicht ganz und gar von der polizeilichen Einwirkung befreit werden. Trotzdem werde er für den Antrag Runge und Hennig stimmen, weil für die Gewerbe-Ordnung der Grundsatz der Gewerbefreiheit acceptirt worden sei. Er wolle dies Prinzip in seiner Reinheit erhalten, denn nur dann könne man die Wirkungen desselben beurtheilen.

Abg. Braun (Wiesbaden) wendet sich zu einer Widerlegung der Ausführungen Wagner's. Die Revolution würde auch ohne die Theater ausgebrochen sein, vorausgesetzt, daß die übrigen Erfordernisse vorhanden seien. Er glaube nicht, daß eine italienische Balletteuse die Anstifterin einer Revolution gewesen. (Heiterkeit.) Wagner habe den Theatern mehr Patriotismus gewünscht. Geben Sie Theater-Freiheit und wir haben vielleicht in 5 Jahren eine aristophanische Bühne hier in Berlin, auf der sie auch vorkommen. (Große Heiterkeit.) Ich empfehle das Amendement Runge.

Die Diskussion wird geschlossen und die Amendements Runge und v. Hennig mit sehr großer Majorität angenommen.

§. 33 handelt von Konzessionirung der Gastwirthschaft, Schankwirthschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein. Die Vorlage verlangt auch hier den Nachweis der Zuverlässigkeit.

Hierzu liegen mehrere Amendements vor. Die Abgg. v. Hennig und Runge schlagen vor: die Worte: „oder Kleinhandel mit Branntwein" zu streichen, und ferner die Konzession nur dann zu versagen, „wenn gegen den Nachsuchenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß er das Gewerbe zur Völlerei, des verbotenen Spiels, der Hehlerei oder der Unsittlichkeit mißbrauchen werde."

Abg. Fries beantragt zu sagen: „Darf nur versagt werden, wenn der Nachsuchende wegen Vergehen oder Verbrechen gegen das Eigenthum aus Gewinnsucht oder gegen die Sittlichkeit bestraft worden ist."

Abg. Miqel will den einzelnen Landesregierungen das Recht geben, die Konzession für den Branntweinhandel von dem Nachweis eines Bedürfnisses abhängig zu machen.

Abg. v. Hennig vertheidigt seinen Antrag, Miquel den seinigen, indem er sich gegen die Errichtung von „Schnapskeipen" überhaupt ganz entschieden erklärt. Für Berlin würde er nie ein Bedürfniß anerkennen. Die Vermehrung der Schänken habe in ihrem Gefolge die Arregung zu unsittlichen und unmoralischen Handlungen. Habe man einmal die Konzessionen abgeschafft, könne man sie nicht wieder einführen.

Abg. Hennig: Ich habe nicht von „Schnapskneipen" gesprochen. Uebrigens könen wir uns gratuliren, daß der Abg. Miquel nicht Bürgermeister von Berlin ist. (Heiterkeit.) — Die Berathung wird vertagt. — Schluß 3¾ Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung dieser Berathung und Antrag Heubner wegen Aufhebung der Lotterien.

Deutschland.

Berlin, 13. April. Se. Majestät der König nahmen heute den Vortrag des Militär-Kabinets, so wie im Beisein des Gouverneurs und des Kommandanten die Meldungen des Generals der Kavallerie v. Tümpling, des General-Lieutenants v. Weltzien, des Vice-Admirals Jachmann entgegen und empfingen Se. K. H. den Prinzen Albrecht (Sohn.)

— J. M. die Königin war vorgestern mit J. K. H. der Großherzogin von Baden in dem Wohlthätigkeits-Konzert in der Börse anwesend. Gestern beglückwünschte Ihre Majestät den Kronprinzen und die Kronprinzessin zum Geburtstage ihrer jüngsten Tochter und begleitete J. K. H. die Großherzogin von Baden auf die Eisenbahn, wo die Königlichen Eltern von ihr bei ihrer Abreise Abschied nahmen. Abends waren beide K. Majestäten auf der Soirée des Fürsten Radziwill anwesend.

— Zur Beiwohnung des in den nächsten Tagen in Potsdam stattfindenden Stiftungsfestes des 1. Garde-Ulanen-Regiments ist heute früh auch der General der Kavallerie und kommandirende General des vierten Armee-Korps von Tümpling von Breslau hier eingetroffen.

— Behufs Musterung der Train-Bataillone in den östlichen Provinzen hat sich der Generalmajor und Train-Inspekteur Woide zunächst nach Königsberg i. Pr. begeben.

— Durch einen früheren Beschluß des Zollvereins war bestimmt worden, daß die aus den Häfen Brake und Geestemünde auslaufenden vereinsländischen Schiffe das Recht haben sollten, die Produkte ihres Fischfangs zollfrei dort einzuführen. Damals gab es im Bereiche des Zollvereins nur diese beiden Freihäfen. Seitdem sind aber Bremen und Bremerhafen, Hamburg und Cuxhaven, sowie Altona ebenfalls Freihäfen geworden. In Berücksichtigung dessen hat nun der Vorsitzende des Zollbundesraths bei diesem beantragt, daß den aus den letztgenannten fünf Häfen auslaufenden norddeutschen Schiffen der Anspruch auf zollfreien Einlaß der Produkte ihres Fischfanges unter den gleichen Bedingungen zuerkannt werde, wie den aus Brake und Geestemünde ausgelaufenen Fahrzeugen.

— Bei der Organisation des oldenburgischen Dragoner-Regiments wurden demselben die Ausrüstungs- und Montirungs-Materialien der aufgelösten früheren beiden Hamburgischen Kavallerie-Schwadronen überwiesen. Als diese Materialien nach dem Oldenburgischen kamen, erfolgte den Zollgesetzen gemäß von ihnen die Erhebung einer Eingangsabgabe von etwa 1900 Thlrn., da natürlich ihr vereinsländischer Ursprung nicht nachgewiesen werden konnte. In Wirklichkeit handelte es sich aber bei dem Transport nicht um die Einfuhr von im Auslande angekauften Gegenständen, sondern blos um eine andere Disposition über Vorräthe, die sich im Besitz der Bundes-Militärverwaltung befanden. Mit Rücksicht darauf ist beim Bundesrathe des Zollvereins von dessen Vorsitzendem beantragt worden, daß die in Rede stehende Eingangsabgabe zurückgezahlt werde. Ein anderer gleichartiger Antrag betrifft die Zurückerstattung von 8 Thlr. 16 Sgr., welche ebenfalls beim Hauptzollamt in Oldenburg von Militär-Effekten zur Erhebung gekommen sind. Im Ganzen beläuft sich die zurückverlangte Summe auf 1908 Thlr.

— Die Pauschsummen-Beträge, welche der Zollverein im Jahre 1868 seinen Mitgliedern für die Kosten der Zollerhebung und des Zollschutzes an den Außengrenzen gewährte, beliefen sich im Ganzen auf 3,544,783 Thlr. Die zu bewachenden Grenzstrecken betrugen für den norddeutschen Bund 998 Meilen, davon für Preußen allein 856 Meilen; für Luxemburg 27 Meilen; für Baiern 153 Meilen; für Würtemberg 3½ Meilen; für Baden 68 Meilen; für den gesammten Zollverein also 1249½ Meilen.

Hannover, 12. April. Das Anschlagen der Namen entwichener Militärpersonen an das sogenannte schwarze Brett, welches in Hannover bisher gesetzlich geboten war, ist in der preußischen Militärgesetzgebung bekanntlich nicht vorgeschrieben. Es sollen deshalb die öffentlich ausgehängten Tafeln mit den Namen der Deserteure überall beseitigt werden. — Der „Hann. C." sagt: Der hiesige partikularistische Klub im Odeon will auf die Veranstaltung einer Feier des Geburtstages der Königin Marie verzichten und statt dessen ein Blumenbouquet nebst Glückwunsch nach Hietzing senden. — Die am 11. Dezember v. J. konfiszirte Nummer der „Deutschen Volkszeitung" (partikularistisches Organ) ist wieder freigegeben worden. — Am Sonnabend, des Abends, entlud sich hier ein heftiges Gewitter, das jedoch die Temperatur nur wenig kühlte. — Die sogenannte Pfingst-Konferenz der lutherischen Geistlichkeit soll auch in diesem Jahre in der Woche nach Pfingsten stattfinden, ebenso das Missionsfest.

Hannover, 13. April. Gestern Abend hat sich hier ein national-liberales Wahl-Comité aus Anlaß der an Stelle des zurückgetretenen Freiherrn v. Münchhausen für den Reichstag vorzunehmenden Ersatzwahl konstituirt. Das Comité hat die Einberufung einer größeren Parteiversammlung beschlossen.

Halle a. S., 13. April. In der heute stattgehabten Wahl zum Abgeordnetenhause wurde der Professor Steinhart in Halle (liberal) mit großer Majorität gewählt.

Karlsruhe, 11. April. Die badische Regierung hat nicht gezögert, sich dem Vorgange des norddeutschen Bundes und Italiens bezüglich der Gotthardlinie anzuschließen. Die von dem Minister-Residenten aus Stuttgart an den Bundesrath abgegangene Note wird am 6. d. in Bern eingetroffen sein; der „Bund" veröffentlicht sie bereits. Stimmen aus der Schweiz lassen jedoch bereits erkennen, daß mit dieser offiziellen Parteinahme Norddeutschlands, Badens und Italiens

die Alpenbahnfrage noch lange nicht exclusiv zu Gunsten des Gotthard gelöst erscheint. Die Gegner der Gotthardlinie haben bereits den Kampf eröffnet, und zwar in nicht gar ehrlicher Weise, indem im St. Gallener Regierungsrathe Landammann Aepli die Behauptung aussprach, durch die Noten Preußens und Italiens wolle der Bundesrath resp. die Bundesversammlung in eine völlig inkonstitutionelle Stellung zu Gunsten des Gotthards und jedenfalls zu bedeutenden Subsidien gedrängt werden. Die genannten Regierungen und Baden haben aber nichts weiter gethan, als in bestimmter Weise die Erklärung abgegeben, daß sie sich nur für den Gotthard entscheiden und nur für diesen eine materielle Unterstützung in Aussicht stellen könnten. Wie die Schweiz sich nun nach diesem Stande der Dinge mit ihrem widerhaarigen Interessenstreite zurechtfinden will, wird lediglich ihre Sache sein. Günstiger wie jetzt waren die Konjekturen nie; dieselben nicht zu benutzen, müßte als große Thorheit erscheinen. Das Gotthardcomité hat bei der Regierung von Uri das Konzessionsgesuch für die Gotthardbahn durch den Kanton bereits eingereicht.

Ausland.

Wien, 13. April. Im Abgeordnetenhause wurde heute die Generaldebatte über den Gesetzentwurf bezüglich der Grundsteuerreform eröffnet. Der Justizminister hat einen Gesetzentwurf, betreffend den Wirkungskreis der Militärgerichtsbarkeit, eingebracht.

Genf, 10. April. Während zwischen den Bauarbeitern und Bauunternehmern eine Verständigung erzielt worden ist, sind laut dem „Journal de Genève" seitens der feiernden Schriftsetzer und Buchdrucker neuerdings höchst bedauernswerthe Manifestationen gegen ihre arbeitenden Kollegen vorgekommen, welche Intervention der Polizei und Verhaftung eines der Rädelsführer zur Folge hatten.

Paris, 13. April. Der Prinz und die Prinzessin Karl von Preußen werden morgen hier erwartet. — Es wird gemeldet, daß der Prinz Napoleon in nächster Zeit eine Reise nach Dalmatien antreten werde. — Im Senat begann heute die Diskussion über die Finanz-Angelegenheiten der Stadt Paris.

— Gesetzgebender Körper. Fortsetzung der Budgetdebatte. Gegenüber Garnier-Pages erklärte der Kriegsminister, daß der Effektivbestand niemals 400,000 Mann überschreiten werde und daß die Halbjahrs-Urlauber nach beendigter Inspektion entlassen werden sollen. Das Amendement, welches die Auflösung der Kaiserlichen Garde und die Minderung des Effektivstandes um 200,000 Mann fordert, wurde verworfen. Ein anderes Amendement, von Carnot besonders vertheidigt, verlangt, durch Minderung des Effektivstandes sollen Ersparnisse herbeigeführt und zu Gunsten der Volksschullehrer-Pensionen verwendet werden. Marschall Niel erklärt die Beibehaltung eines Elitekorps für nothwendig. Die Berathung dauert fort. — „Constitutionnel" veröffentlicht einen Brief Persigny's, worin dieser in Abrede stellt, zu irgend welchen ministeriellen Kombinationen Rath ertheilt zu haben oder an solchen theilnehmen zu wollen.

Spanien. Man schreibt aus Paris: In Spanien wird die Lage mit jedem Tage schwieriger. König Ferdinand von Portugal hat abermals erklärt, er werde die Krone in keinem Falle annehmen. Wahrscheinlich wird man nun daran denken, ein Direktorium zu bilden; denn die Antipathieen gegen die Kandidatur des Herzogs von Montpensier werden zusehends allgemeiner und sichtbarer. Die Stimmung der Offizier-Korps scheint die Regierung nicht wenig zu beunruhigen. Die Unteroffiziere und die Soldaten werden von Emissären bearbeitet, die im Solde der Königin Isabella und des Prinzen von Asturien zu stehen scheinen. Wie dem Pariser „Constitutionnel" geschrieben wird, hat der General Izquierda die Obersten der Regimenter in Madrid zu sich kommen lassen und ihnen befohlen, nicht zu erlauben, daß Civilpersonen die Kasernen betreten; diejenigen, welche sich einzuschleichen wüßten, seien ohne Weiteres zu erschießen. Was die Carlisten anbelangt, so läßt eine wirkliche Schilderhebung noch immer auf sich warten. Die Einen behaupten, diesem Aufschub liege ein wohlüberdachter Plan zum Grunde; die Andern versichern, es fehle dem Infanten Don Carlos an den erforderlichen Geldmitteln. Letzteres ist nicht unglaubhaft; gewiß soll sein, daß der Herzog von Modena, überzeugt von der Unmöglichkeit eines Erfolges seines Neffen, in diesem Augenblicke, sich geweigert habe, eine von dem Infanten beabsichtigte Anleihe zu verbürgen. Das Gerücht, der Infant wolle Zuflucht zu den französischen Legitimisten nehmen, entbehrt offenbar der Begründung; denn der Infant und seine Umgebung müssen die hiesigen Verhältnisse genugsam kennen, um sich nicht mit der Hoffnung zu schmeicheln, daß die Legitimisten zu großen Geldopfern bereit seien. Die Beziehungen zwischen der Königin Isabella und den Tuilerien sind nicht mehr so „cordial" als früher. Ich schrieb Ihnen schon, daß eine Broschüre zu ihren Gunsten in einem offiziösen Blatte scharf bekrittelt wurde; jetzt tritt der „Constitutionnel" sogar dem an sich unverfänglichen Gerüchte entgegen, die Königin habe der Messe in den Tuilerien beigewohnt.

— Die Ankündigung der portugiesischen Regierung, welche allen Spekulationen über Dom Fernandos Thronbewerbung ein Ende macht, ist bekanntlich an den portugiesischen Gesandten in Madrid, den Grafen d'Alte, gerichtet und lautet: „Ew. Excellenz wollen der ganzen spanischen Regierung amtlich bekannt machen, daß Se. Maj. der König Dom Fernando den Thron Spaniens nicht annimmt, und daß er deshalb nicht im Stande sein wird, die Kommission zu empfangen, die, wie man sagt, nach Lissabon kommen will." Die portugiesische Regierung, zu welcher Dom Fernando in keiner anderen Beziehung steht, als daß er der Vater des regierenden Königs ist und ein gewisses Jahrgehalt von ihr empfängt, betrachtet ihn danach anscheinend als mundtodt und spricht einen Entschluß für ihn aus, als ob er unter ihrer Kuratel stände. Fernando hat dies wohl gefühlt; denn er hat selbst noch der spanischen Regierung eine erklärende Mittheilung übersandt. Anzüglich für Spanien war die obige Depesche, weil sie etwas zurückweist, was noch gar nicht angeboten war, und weil die Kommission, welche nach Lissabon gehen sollte, keinerlei amtlichen Charakter hatte. Eine amtliche Zurückweisung der portugiesischen Regierung war also noch nicht an der Zeit. Serrano erklärte denn auch in den Kortes, das Telegramm sei „mit einiger Uebereilung" abgefaßt, und nannte es „poco conveniente." „Die Regierung", fügte e hinzu, „wird mit Würde antworten, ohne dem Vorfalle eine größere Bedeutung beizulegen, als diejenige, welche er zwischen zwei benachbarten und verbrüderten Völkern haben kann und muß."

Pommern.

Stettin, 14. April. Auf ein am Sonntag von der hiesigen katholischen Gemeinde zur Jubelfeier des Papstes nach Rom gesendetes Glückwunsch-Telegramm, erhielt der hiesige katholische Pfarrer am Montag früh auf telegraphischem Wege ein vom Kardinal Antonelli unterzeichnetes Dankschreiben des heiligen Vaters.

— Höherer Anordnung zufolge sollen neu zu errichtende Telegraphenstationen mit den Ortspost-Anstalten nicht mehr vereinigt werden, nachdem durch Verfügung vom 2. v. Mts. die Anlegung von Kommunal-Telegraphenstationen gestattet worden ist.

— Die zur Ausstellung von Civilversorgungsscheinen kompetenten Behörden sind ermächtigt worden, solche Scheine künftig auch während der Probedienstleistung des Anwärters auszufertigen, ohne das Ausscheiden der betreffenden Person aus dem Dienste des stehenden Heeres, der Gendarmerie und der Schutzmannschaft erst abzuwarten.

— Aus einem auf dem Hofe des Hauses Lindenstraße Nr. 21. belegenen Wohnzimmer, sind vorgestern einem Soldaten mittelst gewaltsamen Erbrechens einer sogen. Schiebekiste aus dieser, und resp. aus einem Portemonnaie 12 Thr. 10 Sgr. gestohlen worden.

— Alle Auswanderer, welche sich über Bremen nach Amerika begeben wollen, sollen höherer Anweisung gemäß auf das in Bremen bestehende Nachweisungsbureau aufmerksam gemacht werden, weil dasselbe sich die Aufgabe gestellt hat, Allen, welche sich von Bremen aus nach überseeischen Plätzen begeben wollen, unentgeltlich zuverlässige Belehrung über sämmtliche, bei diesem Vorhaben in Frage kommende Verhältnisse zu gewähren.

— Von den Bäumen, welche an der von der Birken-Allee nach der neuen Liedertafel (Prinzeßschloß) führenden Straße stehen, sind vor Kurzem 14 Ahornstämme in muthwilliger Weise mit einem scharfen Instrumente so stark beschädigt worden, daß die Mehrzahl der Stämme wird durch neue ersetzt werden müssen.

— Heute hat der hiesige dreitägige Frühjahrsmarkt seinen Anfang genommen. Obgleich heute der Hauptag des Marktes ist, an welchem vorzugsweise auch die Landleute ihre Einkäufe machen, so schien es doch im Allgemeinen, als ob nur geringe Kauflust herrsche. Selbst der in der Regel stark frequentirte „Stiefelmarkt" hatte sich nur eines mäßigen Besuches zu erfreuen und ebenso war der Verkehr auf anderen Marktplätzen weniger zahlreich als sonst.

— Ein leider bisher nicht ermitteltes Frauenzimmer wußte vorgestern Nachmittag die 4jährige Anna Dallmann, welche mit einem anderen Kinde auf der Straße spielte, auf den Flur des Hauses kl. Wollweberstraße Nr. 8 zu locken. Dort zog sie dem Kinde ein Paar goldene Ohrringe mit schwarzer Emaille im Werthe von 3 Thlr. aus und entfernte sich sodann unbemerkt mit ihrer Beute.

Stargard, 13. April. Wie verlautet, beabsichtigt Se. Königl. Hoheit der Kronprinz gegen Ende dieses Monats drei Tage hier Aufenthalt zu nehmen, um das Manöver-Terrain in Augenschein zu nehmen. Einige Offiziere aus dem Generalstabe sind bereits zu gleichem Zwecke hier.

n. **Stralsund,** 13. April. Vor einigen Tagen verschwand der hier in der Vorstadt wohnhafte Tischlermeister B. mit Hinterlassung seiner Familie und verschiedener Gläubiger, wahrscheinlich um sein ferneres Asyl wenn auch nicht in der andern, so doch in der neuen Welt aufzuschlagen. Derselbe hat einige Zeit vorher gelegentlich fast sein ganzes Mobiliar an den Mann gebracht, um nur das nöthige Reisegeld zu erhalten und soll in den letzten Tagen, nachdem er keinen Vorrath von Brettern mehr hatte, sogar seine Fensterladen ausgenommen und diese verarbeitet haben.

Vermischtes.

— (Geruchlose Klosets nach Prof. Müller und Dr. Schür'schem System.) Wiederholt schon sind die prämiirten geruchlosen Klosets aus der Fabrik des Hoflieferanten Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen, A. Töpfer in Stettin, ausgestellt und verdienen die allgemeinste Aufmerksamkeit des Publikums. Namentlich in der Cholerazeit von 1866 haben diese Klosets sich außerordentlich bewährt. Sowohl in wirthschaftlicher, wie in sanitätlicher Beziehung ist mit dieser Erfindung ein Problem gelöst. Der Absatz hat sich bereits schon über die halbe Welt verbreitet. Auch in England, wo sonst nicht Mangel an praktischen Erfindungen aller Art ist, sind die Töpfer'schen Klosets schon stark verbreitet und ebenso auf Java, wie in Newyork und Kalifornien bekannt. In Eisenbahnwagen und Krankenhäusern haben dieselben bereits eine sehr starke Verwendung gefunden, und Hunderte von Zeugnissen sprechen sich über den praktischen Nutzen aus. Auch im neuen Salon-Gallawagen Sr. Majestät des Königs von Sachsen ist die Kloset-Einrichtung vom genannten Fabrikanten ausgeführt.

— Das „Echo de la Lys" berichtet aus Bailleul (an der belgisch-französischen Grenze) folgenden Vorfall: Im Circus Brennett war der Löwenbändiger unwohl und konnte seiner Funktion nicht obliegen. Darüber große Verlegenheit in der Kunstreitertruppe. Die Löwenbändiger-Scene im Käfig gehört zu den interessantesten Punkten des Programmes. In dieser Verlegenheit faßte der Circus-Direktor Brennett trotz aller Vorstellungen seiner Freunde die Peitsche des Löwenbändigers, öffnete den Käfig und trat ein. Anfangs spielte er seine Rolle so ziemlich gut, als aber der Moment kam, da er der Löwin ein Stück rohes Fleisch hinhielt, erwachte in dem Thiere der wilde Instinkt, und Herr Brennett, wenig vertraut mit der Uebung des Bändigers, bekam, statt fest Stand zu halten, Furcht und machte einen Schritt gegen die Thür. Das war sein Unglück. Es folgte eine entsetzliche Scene. Dann zog man aus dem Käfig einige zuckende blutende Klumpen . . . es waren die Ueberreste des unglücklichen Direktors.

Brüssel. Als vor Kurzem Herr Murphy, einstiger Gesandter des Kaisers von Mexiko an den Höfen von Wien und Madrid, in Ostende mit Tod abgegangen war, hielt es dessen Wittwe für ihre Pflicht, die Kaiserin Charlotte davon in Kenntniß zu setzen. Die hohe Frau beeilte sich, an Frau Murphy ein überaus rührendes Kondolenzschreiben zu richten und begleitete dasselbe mit einem kostbaren Armbande, welches in Medaillonform das reich mit Diamanten besetzte Porträt Ihrer Majestät enthält. Es ist daraus ersichtlich, wie übertrieben die bezüglich des Befindens der hohen Frau verbreiteten Gerüchte sind, indem sie Briefe in Empfang nimmt und beantwortet, ohne daß diese Beantwortungen auch nur die kleinste Geistesstörung verrathen würden.

La Chapelle. Die Eheleute X . . . hatten zwei Kinder, einen Knaben und ein Mädchen. Diese sind aus Burgund wieder zurückgebracht worden, wo sie bei einer Bauernamme untergebracht gewesen. Seit sechs Monaten hatten die Nachbarn bemerkt, daß die Gesundheit der Kinder von Tag zu Tag abnahm; das kleine Mädchen starb nach kurzer Krankheit. Aus Furcht in bösen Ruf zu kommen, brachte die Mutter den noch übrig bleibenden Knaben nach dem Hospital Necker, wo man ihm alle Pflege angedeihen ließ. Nichts desto weniger wurde das Kind jeden Tag nach den Besuchen der Mutter immer kränker. Deshalb überwachte man die letztere heimlich, und untersuchte einen Kuchen, den, als sie sich beobachtet sah, sie weggeworfen hatte. Derselbe enthielt blauen Phosphor. Die Frau wurde festgenommen und dem Gerichte wegen versuchten Giftmordes übergeben. — Es werden Nachforschungen angestellt werden, um sich zu versichern, ob das verstorbene Mädchen nicht etwa auch ein Opfer einer solchen verbrecherischen Handlung geworden.

Paris. Ueber den Selbstmord des Kommandanten Thévet erfährt man nachfolgende Einzelheiten: Am 28. März um 2 Uhr schickte er seinen Sohn in das Bois de Boulogne und ging mit seiner Maitresse, der Marquise v. Fenelonluse, in die Kaserne in der Tournonstraße, wo man Beide bis gegen 3 Uhr auf der Fensterbrüstung lehnen sah. Das Fenster schloß sich und zwanzig Minuten später fand man Thévet in seinem Blute liegend. Ein Revolverschuß, der von links nach rechts ging, traf tödtlich sein Herz. Der Kommandant hatte die Gewohnheit, geladene Waffen bei sich zu tragen und sich ihrer als eines Spielwerkes zu bedienen. Einige Tage früher hatte er, auf diese Weise mit dem Revolver spielend, fast den Sohn der Marquise erschossen.

— Eine Eisenbahn mit einer einzigen Eisenschiene, mit der man so rasch und so sicher wie auf zweien fortkommen soll, hat der Techniker Lamarjant in Frankreich konstruirt. Bei der Probefahrt fuhr man von Raincey ab und langte nach 20 Minuten in Montvermeil an. Alles ging ausgezeichnet. Die Geschwindigkeit ist die gleiche wie bei den üblichen Bahnen. Das System Lamarjant besteht in der Anwendung einer Maschine mit drei Rädern, von denen eines in der Achsenrichtung des Gefährtes in der Schiene läuft, während die beiden andern auf dem Boden leicht hinlaufen, über denselben so zu sagen nur leicht hingleitend. Die ganze Last wird von dem einzigen Rade in der einzigen Schiene getragen. Die durchmessene Strecke weist große Krümmungen und Steigungen auf. Einige amerikanische Ingenieure waren eigens nach Paris gekommen, um dieser Produktion beizuwohnen. Die Frage ist übrigens offen, ob die Leistungsfähigkeit der neuen Apparate allen Bedingungen des Terrains und Transports entspricht.

Landwirthschaftliches.

— (Maisbau.) Der Maisbau zu Grünfutter, so schreibt man dem „Praktischen Wochenblatte" aus Thüringen, wird in manchen Gegenden öfter noch nicht genügend gewürdigt. Gerade voriges Jahr, wo so sehr über Futternoth geklagt wurde, traten seine Vortheile noch stärker hervor. Es klingt fabelhaft, wenn man sagt, man habe vom Morgen 15—17 Fuder Grünfutter geerntet, also mindestens den Morgen auf 60 Thaler Bruttoertrag gebracht. Ich selbst habe von 4 Morgen amerikanischem Pferdezahn im Jahre 1866 70 Fuder, im Jahre 1867 50 Fuder und im Jahre 1868 62 Fuder Grünfutter geerntet, konnte daher meinem Rindviehstamme von 70 Stück Holländern von Mitte August, einer Zeit, wo der Klee nachläßt, einige Monate täglich ein Futter Mais geben. Der Mais verlangt eine starke Düngung und ist um so dankbarer, wenn er noch eine Holzaschen- oder Jauchen-Düngung, seines starken Kaliverbrauches halber, erhält. Für diejenigen Herren, welche überhaupt noch keinen Mais gebaut haben, erwähne ich erstlich, daß die Vorbereitung des Landes wie zu Rüben zu geschehen hat. Mit dem Marqueur werden dann 18 Zoll in's Quadrat Linien gezogen, auf die Kreuzungspunkte die Maiskörner mittelst kleiner 1½ Fuß langer Handhäkchen 1½—2 Zoll tief eingelegt und gleich beim Weiterschreiten angetreten. Ferner ist es vortheilhaft, den Mais in Abtheilungen von Mitte Mai bis Mitte Juni zu bestellen, damit er nicht zu früh seine Futterkraft verliert und etwa holzig wird. Bei 18 Zoll Staudenentfernung sind 18 Pfund Samen pro Morgen nöthig. Oefter hört man äußern, daß der Mais allerdings viel Masse liefere, aber nicht gut milche, was dann begründet ist, wenn man täglich mehr als ein Maisfutter giebt, ohne zu diesem sehr kohlenstoffreichen Futter stickstoffhaltige Zusätze, wie Rapskuchen oder Kleie, zu geben.

Börsen-Berichte.

Stettin, 14. April. Witterung: schön Wind SW. Temperatur + 10 ° R.

Weizen flau, per 2125 Pfd. loco gelber inländ. 64—66 Rt, bunt poln. 63—65 Rt, weißer 65—67 Rt, ungar. 54—60 Rt, 83—85pfd. gelber Frühjahr 66½, 66 Rt bez. u. Gd., Mai-Juni 66½, 66¼ Rt bez. u. Gd., Juni-Juli 67¼, 67 Rt bez., Juli-August 67½ Rt bez., Sept.-Oktbr. 66 Br.

Roggen niedriger, per 2000 Pfd. loco 52—53 Rt, schwerer bis 53½ Rt, Frühj. 52, 51¾ Rt bez., Mai-Juni 51¾, ⅞ Rt bez., Juni-Juli 51⅝, ¼ Rt bez., Juli-August 49½ Rt Br.

Gerste still, pr. 1750 Pfd. loco ungar. 37—43 Rt, schlesische u. bessere ungar. 44—45½ Rt, pomm. 46 Rt.

Hafer fest, pr. 1300 Pfd. loco 33—35 Rt, 47-bis 50pfd. Frühj. 34¼ Rt Br., 34 bez. u. Gd.

Erbsen still, pr. 2250 Pfd. loco Futter- 53, 54½ Rt, Koch- 56—58 Rt.

Mais loco pr. 100 Pfd. ab Bahn 61 Sgr bez.

Rüböl wenig verändert, loco 10¼ Rt Br., April-Mai 10 Rt Br., 9 11/12 Gd., Sept.-Oktbr. 10⅙ Rt Br., 10 1/12 Gd.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 15 7/12 Rt bez., mit Faß 15⅝ Rt bez., Frühjahr 15¾ Rt Br., 15⅔ Gd., Mai-Juni do., Juni-Juli 15 11/12 Rt Br. u. Gd.

Angemeldet: 200 Wspl. Weizen, 1500 Ctr. Rüböl.

Regulirungs-Preise: Weizen 66¼, Roggen 52, Rüböl 10, Spiritus 15⅝.

Landmarkt.

Weizen 62—69 Rt, Roggen 50—54 Rt, Gerste 44—49 Rt, Hafer 32—36 Rt, Erbsen 53—58 Rt, Heu 15—20 Sgr pr. Centner, Stroh 6—8 Rt, Kartoffeln 12—15 Rt.

Stettin, den 14 April

Hamburg	6 Tag.	151⅛ B
"	2 Mt.	150⅛ B
Amsterdam	8 Tag.	141⅛ G
"	2 Mt.	—
London	10Tag.	6 25½ G
"	3 Mt.	6 23⅓ B
Paris	10 Tg.	—
"	2 Mt.	81⅙ B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	89⅙ G
Wien	8 Tag.	—
"	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 5 %
Sts.-Anl.5457	4½	—
" "	5	—
St.-Schldsch.	3½	—
P. Präm.-Anl.	3½	—
Pomm.Pfdbr.	3½	—
"	4	—
" Rentenb.	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—
" Prior.	4	—
" "	4½	—
Starg.-P.E.A.	4½	—
" Prior.	4	—
St. Stadt-O.	4½	92 B
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielh.-O.	5	—
Pom. Chausseeb.-O.	5	—
Greifenhag.Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	116 B
Pr. See-Assecuranz	4	—
Pomerania	4	120 G
Union	4	111 G
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	—
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	96 B
Germania		102½ B
Vulkan		150 G
St. Dampfmühle	4	105 B
Pommerensd. Ch. F.	4	—
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	—
Grabow Stadt-Obl.	5	—